

Fünf Tage lang war das Hinter- und das Vorderhaus, die ehemalige Zweiradwerkstatt und der Hof der Limmerstraße 98 in Hannover-Linden besetzt. Als die Besetzung vergangenen Mittwoch begann, waren die Forderungen klar: Ein Abriss der Gebäude aus der Gründerzeit der Limmerstraße sollte verhindert werden, um sie für eine unkommerzielle Nutzung zur Verfügung zu stellen. Die Folgen dieser Aktion waren alles andere als absehbar. Viele Menschen im Stadtteil und darüber hinaus solidarisierten sich. Anwohner_innen versorgten die Menschen im Haus mit Lebensmitteln, Möbeln oder boten konkrete Unterstützung bei Renovierungsarbeiten an. Das Plenum, das höchste Entscheidungsgremium der Besetzung, entwickelte sich zu einem großen Treffen von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, die letztendlich eins verband: Die Unzufriedenheit mit der aktuellen Stadtentwicklung. Die Hausbesetzung schaffte eine Kommunikationsplattform, die es ermöglichte, die Vielseitigkeit dieser Unzufriedenheit miteinander zu diskutieren. Dem Diskussionsprozess entsprechend entwickelten sich auch die Forderungen weiter: Die lose Vorstellung einer unkommerziellen Nutzung wurde durch die Idee eines selbstverwalteten Stadtteilzentrums mit Inhalt gefüllt und, neben dem Erhalt der Gebäude, zu einem zentralen Element der Forderungen. Das Projekt L98 sollte den ersten Raum auf der Limmerstraße schaffen, in dem Menschen nicht nur als Konsument_innen verstanden werden, sondern selbst aktiv werden können. So gab es bereits verschiedene Ideen wie z.B. eine Fahrradwerkstatt, ein Infocafé, einen Umsonstladen und eine Volkküche zum Selbstkostenpreis. Es sollte einen Raum entstehen, in dem Herrschaftsverhältnisse wie Sexismus, Rassismus, Homophobie und Antisemitismus keinen Platz haben und sich Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihrer (sexuellen) Orientierung begegnen können, ohne scheiße behandelt zu werden.

In den folgenden Tagen wurden stundenlange Verhandlungen mit dem Eigentümer geführt, um den Wunsch eines Zentrums auf dem Gelände der Limmerstraße 98 in die Tat umzusetzen. Die Besetzer_innen erklärten sich bereit einen Verein zu gründen und einen Nutzungsvertrag zu vereinbaren. Die zunächst signalisierte Bereitschaft des Besitzers offenbarte sich schließlich als leere Floskel, sodass die so vielversprechend gestarteten Verhandlungen immer aussichtsloser erschienen und die Androhung von Polizeigewalt begann, die Gespräche zu dominieren.

Der Rückgriff auf Polizeigewalt zur Durchsetzung der bestehenden Eigentumsverhältnisse ist charakteristisch für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften. Sie wird immer wieder herangezogen um sicherzustellen, dass sich Stadtentwicklung an der Verwertungslogik des Kapitals orientiert, statt an den Bedürfnissen der Bewohner_innen. Wenn es um die Planung und Veränderung unseres unmittelbaren räumlichen und sozialen Lebensumfelds geht, wird Mitbestimmung klein geschrieben. So kommt es, dass es Platz für unzählige profitorientierte Cafés & Bars auf der Limmerstraße gibt, obwohl kein Mensch danach gefragt hat, und kein Platz für ein selbstverwaltetes Zentrum ist, obwohl Hunderte dafür durch die Straßen ziehen.

Dieser Irrsinn gilt nicht nur für die kulturelle Struktur eines Stadtteils, sondern auch für die bestehenden Wohnverhältnisse. Die Frage lautet nicht, ob die Bewohner_innen Lindens Luxussanierungen oder einen zunehmenden Wandel von Miet- in Eigentumswohnungen wollen, sondern ob es sich rentiert. Mit dieser Entwicklung gehen Prozesse einher, in denen Menschen räumlich und sozial ausgegrenzt werden, weil sie ökonomisch nicht die Mittel haben, sich dieser Entwicklung anzupassen. Es handelt sich also um soziale Verhältnisse, aus deren Widersprüchlichkeit immer wieder gesellschaftliche Konflikte resultieren, die nicht mit Polizeigewalt zu lösen sind, sondern mit ihr nur verschärft werden.

Auch bei dem Konflikt um die Limmer98 handelt es sich um einen gesellschaftlichen. Deswegen kann sich weder der Besitzer noch die Stadt einfach aus der Affäre ziehen, indem sie immer nur auf die geltende Rechtslage verweisen und wir mit Polizeigewalt geräumt werden. Eins ist für uns klar: Die Auseinandersetzung um ein selbstverwaltetes Zentrum hat gerade erst begonnen. Die Räumung der L98 ist nicht das Ende, sondern der Anfang. Wir werden uns weiterhin für ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum einsetzen und es ist die Aufgabe der Stadt, im Dialog mit uns, eine Lösung für diesen Konflikt zu finden. Deswegen lasst uns am Samstag gemeinsam auf die Straße gehen, um gegen die Räumung, den Abriss und Stadtteilaufwertung zu demonstrieren.

Lasst uns am Samstag gemeinsam auf die Straße gehen, um uns ein selbstverwaltetes Zentrum zu erkämpfen!